Wirtschaft



Nirgendwo ist die Kluft zwischen Arm und Reich so groß wie in Afrika.

Foto: imago/yay images

Vier Afrikaner reicher als die Hälfte des Kontinents

Lagos – Die vier reichsten Afrikaner sind einem Bericht zufolge reicher als die Hälfte der 750 Millionen Menschen auf dem gesamten Kontinent. Dies teilte die Hilfsorganisation Oxfam in einem aktuellen Bericht mit und warnte, dass die weiterhin zunehmende Ungleichheit ein Hindernis für Demokratie sei. "Vier der reichsten Milliardäre Afrikas verfügen über ein Vermögen von 57,4 Milliarden Dollar (rund 49 Milliarden Euro)", erklärte Oxfam.

Das sei mehr als das gesamte Vermögen von 750 Millionen Menschen, "also der Hälfte der Bevölkerung des Kontinents". Namentlich nannte Oxfam in dem Bericht nur den nigerianischen Milliardär Aliko Dangote, den reichsten Mann des Kontinents. Dem Magazin Forbes zufolge zählen jedoch auch die Südafrikaner Johann Rupert und Nicky Oppenheimer sowie der ägyptische Geschäftsmann Nassef Sawiris zu den vier reichsten Menschen des Kontinents.

In den vergangenen fünf Jahren sei das Vermögen der afrikanischen

Milliardäre um 56 Prozent gestiegen - die reichsten unter ihnen konnten sogar noch höhere Zuwächse verzeichnen, teilte Oxfam weiter mit. Dem Bericht zufolge liegt zudem fast die Hälfte der weltweit 50 Länder mit der größten Ungleichheit in Afrika. Die Regierungen dieser Länder kümmerten sich nicht um die Armen und ermöglichten es gleichzeitig den Reichen, sich noch weiter zu bereichern. So würden etwa Vermögen nicht wirksam besteuert, um die Armut zu bekämpfen, erklärte Oxfam. (APA, AFP)

Tiroler

Start-up So-Strom betreut Energiegemeinschaften und berichtet von viel Interesse.

Von Serdar Sahin

Wien - Immer mehr Haushalte, Gemeinden und Unternehmen entscheiden sich dazu, Energiegemeinschaften zu gründen. Das geplante Elektrizitätswirtschaftsgesetz (ElWG), das gerade in Begutachtung ist, soll die Gründung einer Energiegemeinschaft erleichtern. Bisher ist es notwendig, dafür eine Rechtsform zu gründen. Das soll künftig nicht mehr notwendig sein. Das soll den Verwaltungsaufwand senken.

Allerdings sollen private Photovoltaikanlagen-Besitzer künftig ihren überschüssigen Strom zu eigenen Konditionen an Nachbarn, Freunde oder Familie verkaufen oder verschenken können. Das soll auch ohne Energiegemeinschaften möglich sein können.

Bei einer Energiegemeinschaft schließen sich Haushalte, Gemeinden oder auch Unternehmen zusammen, um Energie



Heribert Strasser: Mitgründer von So-Strom. Foto: Manuel Schaffernak

zu produzieren, zu speichern, zu verbrauchen oder zu verkaufen. Die Gründung einer solchen Energiegemeinschaft ist mit bürokratischem Aufwand verbunden. Hier bieten einige Unternehmen ihr Wissen an.

Viele Projekte in Tirol

Darunter befindet sich auch das Grazer Startup So-Strom. Das Softwareunternehmen hilft Energiegemeinschaften bei der Gründung und liefert später die digitale Grundlage für die Mitgliederverwaltung und steuerliche Abrechnung, wie Mitgründer und CEO Heribert Strasser erklärt.

Unter den laut eigenen Angaben derzeit 80 KundInnen österreichweit befinden sich auch einige Tiroler Gemeinden. So arbeitet die Klima- und Energie-Modellregion (KEM) Schwaz-Jenbach und Umgebung mit der Software von So-Strom.

Insgesamt sind neben den zehn Gemeinden der KEM-Region mit Schwaz, Jenbach, Vomp, Gallzein, Terfens, Stans, Pill, Weer, Weerberg und Wiesing auch die Gemeinden Eben am Achensee, Buch, Steinberg und Achenkirchen beteiligt und bieten mit 13 Energiegemeinschaften regionale Stromversorgung.

Ein weiteres Projekt in Innsbruck-Igls befindet sich gerade in der Gründungsphase. An der Gemeinschaftlichen Erzeugungsanlage beteili-

treiben Energiewende voran



Immer mehr Haushalte und Gemeinden in Tirol entscheiden sich dazu, Energiegemeinschaften zu gründen.

Foto: Energie Tirol/Hörmansede

gen sich 33 Miet- und 17 Eigentumswohnungen. Strasser erklärt, dass das Fundament für die Nutzung der Energiegemeinschaft eigentlich steht. Jetzt müssten nur noch die Menschen in die Wohnungen ziehen. Das soll schon bald geschehen.

Strasser berichtet von einem regen Interesse an Energiegemeinschaften. "Wir wachsen derzeit relativ stark – zwischen 15 und 20 Prozent im Monat. Bei den Zählpunkten haben wir uns von Juni 2024 bis zum Juni heuer verachtfacht."

Zur Einordnung: Ein Privathaushalt mit einer PV-Anlage hat zwei Zählpunkte – ein Punkt für das Einspeisen, der zweite Zählpunkt ist für das Beziehen des Stroms.

Stromkosten sparen

Das Einsparpotenzial variiert je nach Art der Energiegemeinschaft. Bei einer Gemeinschaftlichen Erzeugungsanlage, wie das in Innsbruck-Igls der Fall ist, spart man sich laut Firmenchef 100 Prozent der Netzkosten und Abgaben. Hier wird die Solaranlage etwa am Dach eines Mehrparteienhauses errichtet – nur das hauseigene Netz wird verwendet.

Bei einer Erneuerbare-Energiegemeinschaft soll man sich bis zu knapp 60 Prozent der Netzkosten Innerhalb der nächsten 20 Jahre wird sich der Strombedarf in Österreich verdoppeln."

Heribert Strasser (CEO von So-Strom)

sparen, wenn das Versorgungsgebiet innerhalb einer Trafostation ist – inkludiert sind Elektrizitätsabgabe sowie der Erneuerbaren-Förderbeitrag. Und 100 Prozent der Abgaben – das ist etwa bei der KEM Schwaz-Jenbach der Fall.

Bürger-Energiegemeinschaften sind österreichweit. Hier kann der Strom in Tirol produziert und im Burgenland verkauft werden. Der Kostenvorteil ist dabei deutlich geringer, weil das öffentliche Netz verwendet wird.

Abseits der niedrigeren Stromkosten gebe es auch andere Gründe, warum Energiegemeinschaften entstünden, erklärt Strasser. "Man möchte damit unabhängiger und gegen Krisen gewappnet sein."

"Gemischte Gefühle" hat er, was die Einspeiseregelung im neuen ElWG anlangt. Für das Einspeisen von Strom ins Netz soll man künftig ein Netzentgelt bezahlen müssen. "Schwer verständlich ist, wenn man letztes Jahr eine PV-Anlage gekauft

hat und ein Jahr später dafür bestraft wird. Darunter leidet auch das Vertrauen in die Politik."

Natürlich müsse man darüber diskutieren, was man mit zu viel Strom macht, wenn etwa zu Mittag im Sommer sehr viel Strom produziert wird. Man dürfe aber nicht einen, die PV-Branche und zum Teil die Windbranche, herausgreifen, sondern sollte alle gleich behandeln, fordert Strasser. "Innerhalb der nächsten 20 Jahre wird sich der Strombedarf in Österreich verdoppeln. Wir brauchen jede Erzeugungsanlage für die Energieunabhängigkeit und Krisenvorsorge Österreichs."